افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مبـــاد بدین بوم و بر زنده یک تن مــباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages	زبانهای اروپائی

Von Arnold Schölzel
11.09.2021

Grenzenloser Staatsterror

Die Attacken des 11. September 2001 waren ein Verbrechen, keine Kriegserklärung. Die Feldzüge der USA und ihrer Verbündeten setzten die Untergrabung des Völkerrechts durch den Westen fort

REUTERS/Jim Hollander

Mit dem Einmarsch in Afghanistan entsprach der US-Imperialismus seiner damaligen außenpolitischen Linie, Staaten militärisch zu vernichten (US-Soldaten kehren vom Kampfeinsatz zurück, Airbase Bagram, 10.3.2002)

Arnold Schölzel schrieb an dieser Stelle zuletzt am 13. August dieses Jahres anlässlich des 150. Geburtstags des Antimilitaristen und Revolutionärs Karl Liebknecht

Am vergangenen Sonntag strahlte der *Deutschlandfunk* eine Sendung zum 20. Jahrestag der Attentate vom 11. September 2001 in New York und Washington aus. Ihr Titel: »Ein Tag, der die Welt verändert hat«. Das entspricht dem Etikett, das die Mainstreammedien

der westlichen Welt, Politiker und Publizisten seit damals für diesen Tag bereithalten. *Bild* und *FAZ* titelten am 12. September 2001 unabhängig voneinander: »Es wird nichts mehr so sein, wie es war«, die *New York Times* teilte die Welt in ein Vorher und ein Nachher ein. Das setzte emotionale Reaktionen an Stelle von Journalismus. Dabei ist es – insofern setzte das Datum wirklich einen Einschnitt – in westlichen Leitmedien im wesentlichen geblieben.

Die verlogene und hysterische Unisonoberichterstattung zum Wiedereinzug der Taliban in Kabul am 15. August 2021 belegt das. Klischee und Lüge gehen erneut vor Tatsachen. Die durch den US- und NATO-Krieg getöteten Afghanen – nach Schätzungen bis zu 250.000 – werden mit größter Sorgfalt nicht erwähnt. Medial findet westliches Morden und Schlachten nicht statt, schon gar nicht als Ursache von Flucht, Elend oder Hunger. In dieser Hinsicht funktionieren die wichtigsten Medien als Propagandaabteilungen der Kriegsparteien aller westlichen Länder. Über Gespräche mit Taliban-Vertretern, die USA und BRD seit Jahren in Katar führen, gibt man sich erstaunt. Ein Horror bleibt dem deutschen Durchschnittsjournalisten allein die Zahl der offiziell fast 3.000 Toten vom 11. September 2001 in den USA. Ihretwegen hat sich demnach die Welt verändert. Auch das ist eine von Herrenrassenideologie geprägte Sichtweise.

Kriegskatalysator

Die These von der historischen Zäsur des 11. September gleicht der Behauptung, mit dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 habe die faschistische Diktatur in Deutschland begonnen, nicht mit der Machtübertragung an Adolf Hitler einen Monat zuvor. Seit dem 30. Januar 1933 war ein Revanchekrieg das offen erklärte Regierungsprogramm des deutschen Imperialismus. Allerdings machte die Nazibrandstiftung im Parlamentsgebäude deutlich, wozu das Regime fähig war. Es spricht Bände, dass Historiker, die der These von der kommunistischen Urheberschaft entgegentreten, heute noch im akademischen Betrieb der BRD geächtet werden. Bei den Forschungen zu den Urhebern der Attentate vom 11. September könnten es auch 90 Jahre Auseinandersetzung werden. George W. Bush hat jedenfalls wichtige Materialien seiner Präsidentschaft (2001-2009) und der seines Vaters (1988–1992) ins private Archiv verlegen lassen und damit den öffentlichen Einrichtungen entzogen. Die jahrzehntelangen guten Beziehungen der Bushs nach Saudi-Arabien im allgemeinen und zur Familie bin Laden im besonderen bleiben privat.

Recht und Gesetz waren nach dem Reichstagsbrand Fassade, die Wirklichkeit war bestimmt durch kalkuliertes Totschlagen und Einsperren der politischen Gegner, das Austoben des Rassenwahns, d. h. durch Terror als Herrschaftsmittel. Das weist Parallelen zu dem auf, was politisch nach dem 11. September 2001 geschah. Das ist greifbar und entscheidend für die Bewertung des Datums: Es war Katalysator des seit 1990 weltweit agierenden US-Staatsterrorismus. Der ist mit der Flucht aus Afghanistan nicht an seinem Ende.

Der Publizist Mathias Bröckers, den das in politischen Fragen unseriöse Internetlexikon Wikipedia mit dem Titel »einer der bekanntesten und publizistisch erfolgreichsten Vertreter von Verschwörungsmythen zum 11. September 2001« ehrt, und der heute faktisch in den Reihen der Verschwörungsmystiker zu verorten ist, hat 2002 in seinem Buch »Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.« die Ereignisse dieses Tages so zusammengefasst: »Innerhalb von 45 Minuten werden vier Flugzeuge entführt und von ihrem Kurs abgebracht – um 8.15 Uhr das erste, um 9.05 Uhr das letzte. Doch es dauert bis 9.30 Uhr, bis Abfangjäger aufsteigen, zu spät. Das heißt, dass das nationale Oberkommando 75 Minuten wartet, bevor es präventive Gegenmaßnahmen einleitet – ein Versäumnis, das in der Geschichte seinesgleichen sucht.« Zwei der Passagiermaschinen wurden in die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York gelenkt, ein Flugzeug ins Pentagon, das vierte stürzte bei Shanksville im Bundesstaat Pennsylvania ab. Noch am selben Tag war in Washington und bei der NATO von Krieg die Rede, wurde verkündet, dass der saudische Bauunternehmer Osama bin Laden und seine Organisation Al-Qaida nachweislich die Anschläge ausgeführt hätten, dass ihre Basis in Afghanistan beseitigt werde und der Krieg auch auf andere Länder ausgedehnt werden müsse.

Bröckers, der damals ab dem 11. September 2001 ein halbes Jahr lang im Onlinemagazin *Telepolis* eine Art Tagebuch zu den Geschehnissen veröffentlichte, resümierte in seinem Buch richtig: »Es ist kaum möglich, komplexe Ereignisse wie die Anschläge vom 11. September zu diesem Zeitpunkt auf eine Ursache oder den Drahtzieher zurückzuführen – es sei denn um den Preis, der offiziellen Verschwörungstheorie ›bin Laden‹ einfach nur eine inoffizielle namens ›Bush‹ entgegenzusetzen.« Die Hypothese aber, dass beide Theorien zusammengehören, scheine ihm »hinreichend tragfähig« zu sein: »Die Geheimdienste (oder bestimmte Teile von ihnen) hatten Kenntnisse von den

Plänen Al-Qaidas, ihrer Vorbereitung und Durchführung; sie reagierten nicht auf die eindringlichen Vorauswarnungen von Präsident Putin und aus anderen Ländern, weil sie direktere und genauere Informationen über die Anschlagsplanungen hatten; deshalb wurde an diesem Tag ein ›Fenster‹ in der sensibelsten ›No fly‹-Zone der USA aufgehalten, und deshalb konnte schon einen Tag nach dem angeblichen Überraschungsangriff die Liste mit den 19 Tätern präsentiert werden.« Die »Räuberpistole, dass die Tat von einer autonomen Bande aus einer afghanischen Höhle geplant und ausgeführt worden wäre, nehmen nach dem Nullergebnis der bisherigen Fahndung selbst die Gutgläubigsten nicht mehr ernst«.

Monokausal und detailverbissen

Mit letzterem hat sich Bröckers geirrt. Das Misstrauen gegenüber westlichen Mainstreammedien erhielt nach dem 11. September weltweit zwar enormen Auftrieb, hatte aber letztlich negative Folgen. Die von ihm erhoffte Aufklärung durch vernünftigen Gebrauch des Internets schlug ins Gegenteil um: Mit der Erfindung von »Social Media« wurden staatliche und privatkapitalistisch betriebene Desinformation perfektioniert. Hinzu kommt: Die meisten Versuche, Widersprüche und Ungereimtheiten im Ablauf der Attentate des 11. Septembers aufzuklären, landeten wie die offizielle Version des Tathergangs selbst – »Osama war's!« – bei monokausalen Herleitungen oder verbissen sich in Details wie etwa den Einsturz des Welthandelszentrumsgebäudes 7 in New York am späten Nachmittag des 11. September. Die Erklärungen reichen in diesem Fall von Energiekanonen bis zu gezielter Sprengung. Worin das Motiv dafür gelegen haben soll, bleibt im Dunkeln.

In auffälligem Gegensatz zu dem Eifer, mit dem sich die Bewegung der »Truther«, der »Wahrheitssucher«, den offiziellen Lügen zum 11. September entgegenstellt, steht ihr Desinteresse an den Propagandalügen zu den Kriegsverbrechen des Westens in Afghanistan, im Irak, in Libyen und anderen Ländern. In der Bundesrepublik löste z. B. das vom damaligen Bundeswehr-Oberst Georg Klein am 4. September 2009 herbeigeführte Massaker an mehr als 100 Menschen bei Kundus keine größere Reaktion aus. Gleiches galt für seine Belohnung durch die Bundesregierung, die zynische Beförderung zum General wenig später.

20 Jahre nach dem 11. September 2001 hat sich mit Hilfe von Facebook, Instagram, Telegram usw. eine Industrie etabliert, die mit Esoterik und militantem Irrationalismus beträchtliche politische Erfolge nicht nur in westlichen Staaten erzielt – vom Wahlsieg Donald Trumps 2016 oder dem »Brexit« bis zum Aufstieg der AfD hierzulande. So erzielte z. B. die Behauptung, die Coronapandemie sei von William Gates erfunden worden, um die Menschheit durch Impfstoffe mit Chips auszustatten, ihre beachtliche Wirkung mit Hilfe dieser Kommunikations- und Medienformen, die es 2001 noch nicht gab. Ein weiteres Beispiel ist die Verabsolutierung des in bestimmten Grenzen sinnvollen Begriffs vom »tiefen Staat« durch Trump und seine Anhänger. Was als Bezeichnung für die illegale Verselbständigung von Teilen des imperialistischen Staatsapparates wie z. B. für die »Stay Behind«-Formationen in NATO-Staaten während des Kalten Krieges sinnvoll war, diente nach dem Wahlsieg des US-Immobilienspekulanten dazu, seine Unberechenbarkeit, seine Lügen, sein Personalkarussell und seine Unfähigkeit in Krise und Pandemie durch Verweis auf die Herrschaft eines angeblich in Washington herrschenden »tiefen Staates« zu erklären und zu rechtfertigen – ein veritabler Verschwörungsmythos, der auch hierzulande zumeist Beifall von rechts, allerdings auch von Linken fand. Bröckers selbst empfahl diesen Mythos 2017 im Internetmagazin *Rubikon* als Mittel zur Überwindung der »kognitiven Dissonanz« der Linken.

Herrschaft des Antirationalen

Die wirkliche Tendenz zu autoritärer Machtausübung, der »reaktionäre Staatsumbau« etwa durch Erlass neuer Überwachungs- und Notstandsgesetze, der mit dem 11. September und dem »Krieg gegen den Terror« einen Schub erhielt, wird dabei

vernachlässigt. Der Glaube an die Erzählung von Demokratie und Rechtsstaat, die von innen angegriffen werden, ist auch bei »Truthern« erste Voraussetzung ihrer Untersuchung. Der wiederholte und sich in der Coronapandemie steigernde Erfolg dieser von solchen und anderen Mythen gespeisten rechten bis faschistischen Popkultur ist mitbedingt durch Geschäftsmodelle wie das von Facebook-Chef Mark Zuckerberg. Diese populäre Pflege individueller Aggression, die von sich behauptet, weder rechts noch links zu sein, spiegelt zwar verbreitete soziale und politische Unzufriedenheit wider, vor allem aber ist sie fehlgelenkte Verarbeitung gesellschaftlicher Widersprüche. Sie ist Resultat von bewusst zugelassener Unbildung in breiten Teilen der Bevölkerung und massenhaft gezüchteter antiwissenschaftlicher Reflexe. Von den offiziellen Lügen zum 11. September und der Ablenkung auf Nebensächliches führt ein Weg in die heutige Situation.

Die Tendenz zur Herrschaft des Antirationalen und Autoritären schließt die Verdrängung marxistischen Denkens ein. Marxismus ist mit dem offiziellen Verschwörungsglauben zum 11. September unvereinbar, aber auch mit jenen Erklärungsversuchen, die bei dieser oder jener Einzelheit der Attacken stehenbleiben und selten das Ganze in den Blick nehmen. Hier sei ein Beispiel für eine marxistische Stellungnahme zitiert, die unmittelbar nach den Attentaten vom 11. September geschrieben wurde, und nach 20 Jahren gültig geblieben ist.

Der 2014 verstorbene *jW*-Kommentator Werner Pirker schrieb am 13. September 2001 in dieser Zeitung: »Doch der Zivilisationsbruch, der nun allerorts konstatiert wird, fand nicht an diesem Blutdienstag statt, als das mächtigste Land der Welt in seinen heiligsten Kultstätten vernichtend angegriffen wurde und in Hilflosigkeit erstarrte, sondern vor zehn Jahren. Damals hat der gescheiterte Sozialismus den Kapitalismus mit seinen Widersprüchen allein gelassen, und der weiß damit nicht sonderlich vernünftig umzugehen. Das Konsensprinzip in den internationalen Beziehungen, festgeschrieben im Völkerrecht, musste der offenen Gewaltherrschaft der kapitalistischen Großmächte weichen, die Freiheit des Welthandels knebelt wie nie zuvor die abhängigen Staaten, das westliche Wertesystem als Verbindung der ›Tugenden‹ der Profiterwirtschaftung mit pfäffischem ›Humanismus‹ geriert sich in totalitärer Ausschließlichkeit als ›Weltmoral‹.« Pirker verwies auf deren doppelte Standards: »Als tschetschenischer Terror in Moskau Hunderte Todesopfer forderte, fanden russische Antiterrormaßnahmen keineswegs die Zustimmung des Westens, ungeachtet der Rolle bin Ladens als mutmaßlicher Finanzier

des tschetschenischen ›Widerstandes‹.« Und weiter: »Solidarität mit den USA wird nach diesem terroristischen Schwerstverbrechen wieder zur ersten Bürgerpflicht erhoben. (…) Amerikanische Rachefeldzüge erscheinen als Gebot der Zivilisation. Auch wenn es nach dem Krieg ein paar Länder weniger geben sollte.« Letzteres bezog sich auf Äußerungen von US-Vizepräsident Richard Cheney und des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Paul Wolfowitz, die USA würden nun eine Politik des »Ending States«, das Vernichten ganzer Staaten, verfolgen. Cheney und Wolfowitz waren wahrhaft Terrorpaten. Am 14. September schrieb Pirker in einem weiteren *jW*-Kommentar auch im Hinblick darauf: »Die geschichtlichen Voraussetzungen des neuzeitlichen Terrorismus liegen in der Barbarisierung der internationalen Beziehungen, als deren Hauptverursacher die USA zu nennen sind.«

Kritik den Boden entzogen

Zur gleichen Zeit, als diese Texte veröffentlicht wurden, machte sich übrigens der PDS-Spitzenkandidat für die damaligen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, Gregor Gysi, für Militärschläge der USA stark. Sie sollten lediglich »begrenzt« und »ohne unschuldige Menschen zu gefährden« vonstatten gehen. Der heutige außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke griff damals das Propagandaklischee vom »mörderischen, mittelalterlichen Denken« plus moderner Technik auf, das er beim »internationalen Terrorismus«, nicht bei der NATO, ausmachte, und setzte auf »Besonnenheit« statt »linker Arroganz gegenüber den USA«. In der PDS breitete sich damals Empörung aus, und Gysi verstummte. 20 Jahre danach forderten damals in der Berliner PDS, heute in der Linkspartei führende Vertreter die Bundestagsfraktion der Partei auf, dem Bundeswehr-Mandat zum völkerrechtswidrigen bewaffneten Evakuierungseinsatz zuzustimmen, statt sich zu enthalten. Am 8. September 2021 erklärte Gysi im *Inforadio* des *RBB*, wenn er sich ansehe, was tatsächlich in Kabul passierte, hätte man beim Rettungseinsatz der Bundeswehr auch mit Ja stimmen können, die Enthaltung sei ein Fehler gewesen. So sucht »linkes« Denken Anschluss an die mörderische »Moderne«, die das Mittelalter angeblich ablöst. Gysis schlicht kolonialistische und menschenverachtende Auffassung von den zu bombardierenden Ländern entzieht linker Kritik am imperialistischen Charakter der proklamierten Kriege den Boden und macht sie überflüssig. Sein Vorgehen dient dem Ziel, an der »Heimatfront« Abstumpfung zu erzeugen.

Das war seit 2001 erfolgreich, zumal unmittelbar nach den Angriffen auch die Vereinten Nationen die noch am 11. September in Washington angekündigten Rachefeldzüge völkerrechtlich zu legitimieren schienen. Einen Tag nach den Attentaten verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1368. In ihr verurteilte das Gremium mit den Stimmen aller fünf Vetomächte die Verbrechen aufs schärfste und charakterisierte sie als »Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit«, was die Feststellung einer Aggression zulässt. Die terroristischen Staaten seien »mit allen Mitteln zu bekämpfen«. Zugleich erklärte sich der Sicherheitsrat zu koordinierten Maßnahmen nicht nur bereit, sondern auch für zuständig entsprechend der UN-Charta. Am 28. September 2001 bekräftigte er das in der Resolution 1373. Eine Ermächtigung für einen Krieg gegen das Taliban-Regime war damit nicht verbunden.

Beseitigung statt Abwehr

Zu diesem Zeitpunkt war aber aus Erklärungen der USA und Großbritanniens klar, dass der »Krieg gegen den Terror«, der zunächst »Operation unbegrenzte Gerechtigkeit« heißen sollte, später in »Dauerhafter Frieden« umbenannt wurde, nicht der Abwehr dienen sollte, sondern der Beseitigung der Taliban-Macht. Die US-Administration bemühte sich zwar um eine möglichst breite internationale Front, machte aber auch klar – so der Politikwissenschaftler und damalige Professor an der Bundeswehr-Universität Hamburg, August Pradetto, 2002 –, »dass sie selbst unter von ihr zu definierenden Bedingungen militärische Maßnahmen ergreifen würde und solche vorbereitete«. Bush kündigte den Einsatz von Bodentruppen an, die Auseinandersetzung könne nicht allein mit Marschflugkörpern geführt werden. Pradetto schrieb: »Bemerkenswert war, dass praktisch unmittelbar nach den Anschlägen Osama bin Laden für diese verantwortlich gemacht worden war. Die Quellen, aus denen die ›gesicherte Erkenntnis‹ kam, waren die gleichen, die – ausgestattet mit modernster Technik und hohen Finanzbudgets – zuvor gänzlich versagt und die Bedrohung durch zu allem entschlossenen Islamisten wie auch die Vorbereitungen, die für die Anschläge über Jahre hinweg in den USA selbst getroffen worden waren, nicht erkannt hatten: die US-Nachrichten- und Sicherheitsdienste.«

Im Mai 2002 erklärte der damalige FBI-Chef Robert S. Mueller, nach siebenmonatiger rastloser Fahndung habe man keine »harten Beweise« gefunden, die mit den Anschlägen in Zusammenhang stünden. Ein Grund sei: »Die Entführer benutzten keine Laptops und speicherten nichts auf Computerfestplatten. Sie kleideten und verhielten sich wie

Amerikaner.« Das war kein Scherz, ebenso wie das, was die von Dezember 2002 bis August 2004 arbeitende Untersuchungskommission des US-Kongresses lieferte, die unter Folter erzwungene neue »Geständnisse« in ihren Abschlussbericht mit einbezog. Zu diesem Zeitpunkt waren die weltweiten Kidnapperflüge der CIA zu ihren Foltergefängnissen auch in der EU in vollem Gang.

28 Seiten des Abschlussberichts der Kongresskommission, die sich mit der Rolle Saudi-Arabiens, von wo aus bin Laden und seine Anhänger finanziert worden waren, befassten, wurden erst 2016 von US-Präsident Barack Obama freigegeben. Daraufhin erhoben Hinterbliebene von Opfern des 11. September Zivilklagen gegen das Land. Am 4. September 2021 kündigte US-Präsident Joseph Biden an, dass innerhalb von sechs Monaten in mehreren Schritten »alle weiteren während der Beweisfindung teilweise oder vollständig geheimgehaltenen Dokumente« zu Saudi-Arabien veröffentlicht werden sollen. Das werde nicht »wahllos« geschehen, um die nationale Sicherheit nicht zu gefährden, d. h. die Erwartungen dürfen begrenzt bleiben.

Militärschläge herbeischreiben

2001 bestand die »Fakten«-Lage allein aus den Behauptungen Washingtons, Krieg war daraus abgeleitet die einzig mögliche Konsequenz. Das war von den genannten UN-Resolutionen nicht gedeckt. Hinzu kam, dass der Große Rat der Rechtsgelehrten (Schura) in Afghanistan am 20. September bin Laden aufforderte, das Land zu verlassen, und im Falle des Vorliegens von Beweisen ein Gerichtsverfahren verlangte. Die Beweise liegen bis heute nicht vor, bin Laden wurde ohne Gerichtsurteil 2011 von einem US-Spezialkommando unter Livebeobachtung durch den US-Präsidenten ermordet.

Am 20. September 2001 hatte der Krieg, den die USA am 7. Oktober 2001 offiziell mit Bombardierungen starteten, längst begonnen. Pradetto schreibt: »Allein in der Zeit der Vorbereitung der militärischen Angriffe auf Afghanistan dürften aufgrund fehlender Hilfsleistungen und des Flüchtlingselends mehr Menschen zu Tode gekommen zu sein, als bei den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon.« Ähnliches spielt sich nach Berichten von UN-Hilfsorganisationen seit dem Sieg der Taliban im August 2021 wieder ab. In westlichen Medien findet sich davon so gut wie nichts. Sie sind vollauf damit beschäftigt, zukünftige Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, d. h. die nächsten Militärschläge durch »schwarze Magie« (Karl Kraus) herbeizuschreiben. Auch

dabei handelt es sich um ein Stereotyp, das vor 20 Jahren im Mainstream in der Art eines Glaubensbekenntnisses etabliert wurde. Solange die afghanischen Fundamentalisten einschließlich bin Laden mit westlicher Hilfe und Unterstützung durch die Golfmonarchien in den 80er Jahren gegen die Sowjetunion gekämpft hatten, hatte sich der westliche Mainstream kaum für das schlimme Schicksal von Frauen interessiert. Seit dem 11. September 2001 geht es in den Medien fast nur noch darum, nie um strategische Interessen.

Unilaterales Handeln

Die formale Rechtfertigung des Afghanistan-Krieges durch den UN-Sicherheitsrat diente den USA vor allem dazu, die Vereinten Nationen im Verlauf des Feldzuges zu umgehen. Die völkerrechtliche Legitimation diente der Delegitimierung des Völkerrechts. Dabei hatte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan mehrfach darauf gedrängt, den Sicherheitsrat mit den möglichen militärischen Aktionen zu befassen. Washington konnte allerdings nicht sicher sein, dass der Sicherheitsrat ein Mandat ohne Auflagen erteilen würde. Ein exaktes militärisches oder politisches Ziel nannte es nie, kündigte gegenüber der UN lediglich weitere Kriege und wechselnde Bündnisse dafür an. Die USA setzten wie auch am vorläufigen Ende des Afghanistan-Krieges auf unilaterales statt auf multilaterales Handeln.

Das galt auch für den Irak-Krieg, den die Bush-Administration am 20. März 2003 u. a. mit der Lüge, Saddam Hussein habe Kontakt zu bin Laden und Al-Qaida gehabt, vom Zaun brach. Das Szenario des Feldzuges war nach Aussagen mehrerer Beobachter unmittelbar nach Amtsantritt von George W. Bush im Frühjahr 2001 fertiggestellt worden. Die Attacken vom 11. September waren ein zunächst willkommener Anlass, die Vorbereitung darauf parallel zum Afghanistan-Krieg zu beschleunigen. Auch der war zumindest in Planung: Im August 2001 hatten US-Unterhändler die Taliban vor militärischem Eingreifen gewarnt, weil die von den USA geplanten Gas- und Erdölpipelines aus den zentralasiatischen Staaten nicht zustande gekommen waren. Der erste vom Westen eingesetzte Präsident Afghanistans, Hamid Karsai, war laut einem Bericht der französischen Zeitung *Le Monde* von 2010 in den 90er Jahren Repräsentant des US-Energiekonzerns Unocal, der die Pipelinevorhaben betrieb. Das wurde wie alle solche Details rund um den 11. September dementiert und spielt letztlich auch eine untergeordnete Rolle. Entscheidend bleibt das strategische Interesse. Das hatte der frühere

Nationale US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski 1997 in seinem Buch »Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft« so formuliert: »Falls die wichtigsten Ölleitungen der Region weiterhin durch russisches Territorium zum russischen Absatzmarkt am Schwarzen Meer in Noworossisk verlaufen, werden sich die politischen Konsequenzen, auch ohne dass die Russen die Muskeln spielen lassen, bemerkbar machen. Die Region wird eine politische Dependance bleiben und Moskau darüber entscheiden können, wie der Reichtum der Region verteilt werden soll (…) Amerikas primäres Interesse muss folglich sein, mit dafür zu sorgen, dass keine einzige Macht die Kontrolle über dieses Gebiet erlangt und dass die Weltgemeinschaft ungehindert finanziellen und wirtschaftlichen Zugang zu ihr hat. Geopolitischer Pluralismus wird nur dann zu einer dauerhaften Realität werden, wenn ein Netz von Pipeline- und Transportrouten die Region direkt mit den großen Wirtschaftsknotenpunkten der Welt verbindet, über das Mittelmeer und das Arabische Meer ebenso wie auf dem Landweg.«

Dieses Leitungs- und Transportnetz gibt es am Ende des Afghanistan-Krieges nicht. Dass die USA zeitweilig zum Erdöl- und Gasexporteur werden, war 2001 nicht absehbar. Die Überlegung Brzezinskis wird sich aber, wenn diese Zeit vorüber ist, neu stellen. Damit auch die nächsten US-Kriege.

Junge Welt 10.09.2021